

# ¡Fijáte!

**Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala**

Nr. 586

Mittwoch, 01. Juli 2015

22. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Es gab einmal einen lebenden Fluss namens La Pasión.....	1
Polizeierpressungen aufgedeckt.....	4
Voruntersuchung gegen Präsidenten entschieden.....	5
Biospia: Vor den Wahlen.....	5

## Es gab einmal einen lebenden Fluss namens La Pasión

*Dies ist die tragische Geschichte darüber, wie Tausende Fische von einem Tag auf den anderen im Fluss La Pasión starben. Repsa, ein bedeutendes Palmöl-Unternehmen, trägt der mutmasslich die Verantwortung dafür. Eine Reportage von Sebastián Escalón, veröffentlicht in Plaza Pública vom 24.06.2015. Die beiden letzten Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.*

Es war am 9. Juni am Fluss in Höhe von Champerico, als der Reporter von „El informante petenero“, Elmer Ponce, seinen Augen nicht traute: Tausende tote Fische flossen durch die starke Strömung an ihm vorbei. Winzige Fischbrut bis zu Fischen von nie gesehener Grösse lagen auf dem Flussbett, mit dem Unterleib nach oben zeigend und den Augen weit aufgerissen. Der Gestank war bestialisch. (...) Elmer Ponce filmte und fotografierte die grösste Umweltkatastrophe, die es je am Fluss La Pasión und vielleicht in ganz Guatemala gegeben hatte. Das Treiben der toten Fische dauerte eine Woche und löschte die Fischpopulation auf 150 Kilometer Flusslänge aus. Aber auch Tausende Familien, die an dem Fluss lebten und ihren Alltag dort verbrachten (Trinken, Baden, Wäsche waschen) waren betroffen. Es waren zwei Ereignisse, die zu den Verschmutzungen führten: eines geschah am 29. April und das andere am 6. Juni 2015. Verantwortlich war womöglich das Palmöl-Unternehmen „La Reforestadora de Palmas del Petén S.A. (wörtlich: Die Wiederaufforstung mit Palmen im Petén GmbH), kurz Repsa, die eine Tochterfirma der Hame-Gruppe ist, gegründet von den Brüdern Milton und Hugo Molina Espinoza, deren wichtigsten Marken das Speiseöl Olmeca und die Nahrungsmittelprodukte Regia sind.

Laut den ZeugInnen, die mit *Plaza Pública* in der letzten Woche gesprochen haben, wurde der Tod der Fische am Flüssen San Ignacio ausgelöst, der auf einer Palmöl-Plantage von Repsa entspringt. Der Bach fliesst etwas oberhalb des Dorfes El Pato in den Fluss La Pasión. Zugleich wurde das Unternehmen wegen ihres falschen Managements der Umweltkrise kritisiert: anfangs hatten sie ihre mögliche Verantwortung eingeräumt, später aber vehement jede Beteiligung an dem Umweltschaden bestritten.

### Repsa steht nicht für seine Taten ein

Recherchen ergaben, dass die Ereignisse in der Nacht vom 28. auf den 29. April begannen. Es hatte stark geregnet. Die EinwohnerInnen in den Dörfern unterhalb der Plantage wunderten sich über die vielen hundert Fische, die im Fluss trieben. Sofort informierten sie die Behörden und die RepräsentantInnen der FischerInnen in Sayaxché.

Am 1. Mai eilte der Vertreter des Umweltministeriums (MARN) im Departement Petén, Apolinario Córdova, an den Ort des Geschehens, sah die toten Fische und machte Fotos. Ebenso kam der Führer der FischerInnen von Sayaxché, Evaristo Carmenate, der sagte, dass die Verschmutzung aus dem Bach San Ignacio stamme. (...) Der Tod der Fische reduzierte sich ab Champerico, 30 Kilometer von der Plantage entfernt und die Auswirkungen erreichten nicht die Bezirkshaupt-

stadt Sayaxché. Die Folgen dieses Vorfalles sind nicht vergleichbar mit dem, was danach folgen sollte. Die Firma Repsa erklärte, dass sie womöglich dafür verantwortlich sein könnte. Vor laufender Kamera des Reporters Rony Bac Tiul erklärte der Umweltbeauftragte von Repsa, Gustavo Alejandro Chacón, dass aufgrund der Regenfälle die Oxidationsbecken des Unternehmens übergelaufen und in den Fluss geflossen seien. Kurze Zeit später wiederholte der Repsa-Vertreter Nelson Guzmán diese Version nach Gesprächen mit dem Gouverneur des Departements Petén, Antonio Morales Ozaeta, und den FischerInnen von Sayaxché.

Am 4. Mai erhielt das Umweltministerium einen Brief von Chacón und dem Rechtsvertreter von Repsa, Carlos Enrique Arévalo García, in dem sehr viel detaillierter über die Ereignisse dieser Tage berichtet wurde. Die Oxidationsbecken seien durch den Regen übergelaufen, da sie drei Meter höher als normal anstiegen und die Abwässer seien dann in den San Ignacio geflossen. Das Unternehmen hätte angesichts der Regenmenge nicht rechtzeitig reagieren können. Die toten Fische „mit Anzeichen von Ersticken“ könnten auf den Umstand zurückzuführen sein, dass aufgrund des erhöhten Eintrags organischen Materials die mikrobielle Aktivität in Fluss stark zunahm und allen Sauerstoff im Wasser aufgebraucht habe. Inzwischen aber lehnt Repsa ihre Verantwortung ab. Chacón erklärte gegenüber *Plaza Pública*, dass die Resultate der Wasseranalyse sowie der Analyse der Fische vom 12. Juni entgegen den ersten Vermutungen keine Erklärung für die Todesfälle geboten hätte.

### **Eine Plantage, die Speiseöl produziert und zugleich Abfälle**

Die Plantage von Repsa extrahiert Öl aus der Frucht der afrikanischen Palme. 80 Tonnen pro Stunde können verarbeitet werden. (...) Laut Chacón ergibt jede Tonne Palmfrucht eine Tonne flüssiger Abfälle. Wenn die Produktionsleistung voll ausgeschöpft wird, fallen 1.920 m<sup>3</sup> Abfall am Tag an. Diese werden in mehreren Becken aufgefangen und dann in einem mehrstufigen Prozess behandelt. 19.000 m<sup>3</sup> solchen „speziellen Wassers“ wird dort gespeichert. Das entspricht einem Pool von zwei Meter Tiefe mit einer Ausdehnung von eineinhalb Fußballplätzen. In dem ersten Becken nutzt die Firma Bakterien, um das organische Material auszulaugen. Daraus ergibt sich eine dicke fermentierte Flüssigkeit, die tausende Mücken anlockt. Im weiteren durchläuft die Flüssigkeit Becken auf Becken, reichert sich mit Sauerstoff an und baut organische Substanz ab. Nach sieben Tagen Behandlung läuft der Inhalt durch einen Kanal, der die Palmplantagen bewässert und schliesslich in den San Ignacio fließt. In dem Brief an das Umweltministerium nennt Repsa den letzten Vorgang als „Aufnahmekörper des Abwassers“. Die Wasserqualität sei sehr nahe an den Grenzwerten, die für Industriebetriebe gesetzlich gelten, sagt Chacón. Vorher allerdings ist das Abwasser hundertmal verschmutzter als das Haushaltsabwasser. Als dieses in den Fluss schwall, wurde der ganze Sauerstoff im Fluss in Folge des erhöhten Nährstoffeintrags für aerobe Mikroorganismen, die Sauerstoff zur Umsetzung des Nährstoffes benötigen, aufgebraucht. Der Fluss wurde dickflüssig, braun und übelriechend. Die Ölreste formen einen Film auf der Oberfläche, der das Wasser abhält, den notwendigen Sauerstoff aufzunehmen. (...) Die erste Erklärung von Repsa könnte eine gute Basis für eine Anklageuntersuchung sein, die die Staatsanwaltschaft vornimmt. Auf der anderen Seite zeigt der Brief, dass das Unternehmen sich über die Gefahr ihrer Produktion und die Probleme ihrer Anlagen bei Starkregen bewusst ist. Repsa hat in den letzten Monaten durchaus versucht, ihren Umgang mit den Abwässern zu verbessern, etwa die Becken woanders hin zu verlagern, dorthin wo die Bewässerung der Plantage entsteht. Eine Behandlung des Abwassers für eine Dauer von nur sieben Tage reiche auch nicht aus, um die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen.

### **Malathion betritt die Bildfläche**

Ein neues Untersuchungsfeld eröffnete sich Ende Mai, als das toxikologische Institut der USAC in einem Fisch ein Insektizid namens Malathion entdeckte. Der Fisch war am 12. Mai im Fluss La Pasión in Höhe der Gemeinde Argentina, 20 Kilometer von der Plantage entfernt, im Todeskampf gefunden worden. Malathion wird beim Anbau von Mais und Bohnen verwendet. Während es in Guatemala oder den USA erlaubt ist, ist in der Europäischen Union seit 2008 verboten. Über ihre schädliche Wirkung auf die Umwelt gibt es unzählige Studien aus Europa und den USA: Bei Fischen führt es zu Schäden am Nervensystem und zu Missbildungen in der Fischbrut. Laut Erwin Garzona, der für Greenpeace, aber auch als Berater der UN in Sachen Pestizide arbeitet, könnte das Versprühen von Malathion die hohe Todesrate im La Pasión erklären. Dem widerspricht etwa Franz Hentze von der Firma FYSA, denn erstens sei dieses Insektizid sicher und werde sogar direkt von Menschen zur Vernichtung von Flöhen benutzt, zweitens müsse es in wirklich riesigen Mengen verwendet werden, um Schäden anzurichten, und drittens werde es auf Palmölfarmen nicht genutzt, da die Afrikanische Palme Insekten für ihre Bestäubung brauche. Dieses Argument greift Alejandro Chacón auf, indem er darauf verweist, dass die wenigen Insektizide, die Repsa nutze, rein biologisch seien und auf Bakterien beruhe wie den *Bacillus thuringiensis* (Bt). Man erwartet nun die Ergebnisse der Analysen der Fische und des Wassers, das vom Nationalen Rat der Naturschutzgebiete (CONAP), dem Umweltministerium, der Staatsanwaltschaft und der Gesundheitsbehörden des Departements Petén durchgeführt werden.

### **Das schlimmste Fischsterben, das es je in Guatemala gab**

Industrieunfälle passieren. (...) Eine gute Planung und gutes Personal kann die Risiken so minimieren, dass kleine Un-

fälle und grosse Katastrophen selten sind. Aber soll man eine Katastrophe, die zwei Mal innerhalb eines Monats passiert, als Unfall bezeichnen? (...) Nach dem 28. April hat es auf der Plantage von Repsa vermutlich einen weiteren Vorfall gegeben, deren Auswirkungen ein bislang unbekanntes Ausmass angenommen hat.

Dieses Mal wurde das Fischsterben von MitarbeiterInnen der CONAP entdeckt. Deren Mitarbeiter Julio Madrid entdeckte die Substanz im Wasser während einer Stichprobenentnahme in Höhe des Dorfes El Ceibalito. Anfangs sei alles normal gewesen, bis plötzlich das Wasser mit einer Menge von Fischen angeschwemmt wurde, die ihre Köpfe auf der Suche nach Sauerstoff heraus steckten. (...)

Für Raúl Maas, Forscher am Institut für Landwirtschaft, Natürliche Ressourcen und Umwelt der Universität Rafael Landivar, können die beobachteten Ergebnisse durch eine massive Einleitung organischer Abfälle erklärt werden. Etwas Ähnliches finde man an den Flüssen der Küste im Süden, dort wo die Zuckerrohrplantagen ihre Abfälle in die Gewässer einleiten.

Laut Benedicto Lucas, dem Direktor von CONAP, wurde das Fischsterben auf einer Länge von 147 Kilometern zwischen dem Dorf El Pato und der Gemeinde San Juan Acul oberhalb von Sayaxché beobachtet. (...) 23 Fischarten sind betroffen, von denen fünf von akuter Ausrottung bedroht sind, und sechs eine kommerzielle Bedeutung für die lokalen FischerInnen haben. Natürlich dürfen diese nicht mehr gefangen werden.

### **Sieben Boote der Repsa sammeln tote Fische**

Alarmiert von den Gemeinden, betrat der Gouverneur vom Departement Petén, Antonio Morales Ozaeta, am 7. Juni die Szene. Zusammen mit hohen Beamten der Gesundheitsbehörde und des Umweltministeriums im Petén, einem Vertreter des Landwirtschaftsministeriums und drei Gemeindeführern nahm er ein Boot in der Gemeinde Champerico und fuhr nach El Pato an die Ufer der toten Fischen und der fauligen Luft. "Da haben wir den Tod beobachtet", sagte Gouverneur Morales Ozaeta. Die Männer nahmen Proben von Wasser und Fischen und sandten diese in ein Labor der Universität von San Carlos.

Auf ihrer Fahrt auf dem Fluss fanden sie mehrere Boote von Repsa. Ihre Arbeiter sammelten so viele tote Fische, wie sie konnten. Nach Angaben der Repsa-Arbeiter mussten sie diese undankbare Aufgabe ab fünf Uhr morgens übernehmen. Einige der Mitglieder der Kommission interpretierten es als einen törichten Versuch des Unternehmens, Beweise zu vernichten. Später sahen Beamten einen LKW des Unternehmens, in das die ekelhaften Ernte geladen wurde. Sie wollten fragen, wohin die Ladung gebracht würde, aber der Lkw-Fahrer floh. Alejandro Chacón, der Umweltbeauftragte von Repsa, begründete die Sammlung der Fischer durch seine MitarbeiterInnen damit, dass das Unternehmen der Gemeinschaft dabei helfen wolle, die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern.

Derweil kam die Kommission des Gouverneurs nach vier Stunden Fahrt am Bach San Ignacio an, der auf der Anlage von Repsa entspringt. Dort war das Wasser dickflüssig, braun und roch nach faulen Eiern und verrottendem organischem Material. "Wir gingen ca. 20 Meter nach unten zum Bach, wo angeblich die Verschmutzung herrührt, aber der Geruch war unerträglich. Ein Geruch von Abwässern", erinnert sich der Gouverneur des Departements Petén. Sie kehrten zum La Pasión zurück und gingen ein weiteres Mal heran. "Es ist schon komisch, da oben in der Gemeinde El Pato sah der Fluss ganz normal aus. Es gab keine toten Fische", sagt der Gouverneur. Trotz der Indizien haben weder der Gouverneur noch die anderen Beamten öffentlich gegen die Firma Repsa gesprochen. "Leider können wir nicht sagen, wer verantwortlich ist. Als gelernter Anwalt kann ich nichts sagen, ohne Beweise zu haben", sagte Gouverneur Morales Ozaeta am 18. Juni zu *Plaza Pública*. Aber fünf Tage später änderte er seine Meinung und erklärte gegenüber *Emisoras Unidas*, dass eine der möglichen Ursachen des Fischsterbens ein Auslaufen von chemischen Substanzen durch Drogenhändler sein könnte.

### **Staatsanwälte übernehmen den Fall**

Die Staatsanwaltschaft nahm die Angelegenheit am 10. Juni, fast eineinhalb Monate nach dem ersten und vier Tage nach dem zweiten Fischsterben, in die Hand, nachdem das Umweltministerium eine Anzeige eingereicht hatte. StaatsanwältInnen kamen in Begleitung von Beamten der Behörden für Gesundheit und Umwelt zur Anlage von Repsa. Die Eile kam für das Palmölunternehmen nicht überraschend. Die TechnikerInnen und StaatsanwältInnen nahmen Proben aus den Oxidationsbecken und besuchten die Lagerräume, um dann feststellen zu müssen, dass in ihnen nicht eine einzige Flasche Malathion vorhanden war. Zwei beteiligte Techniker sagten gegenüber *Plaza Pública*, dass der Geruch rund um die Becken und Gräben bis hin zum Bach San Ignacio so unerträglich war, dass er ihnen echte Kopfschmerzen bereitete.

Nach Angaben der Staatsanwältin für Umweltdelikte, Aura Marina López Cifuentes hätten die RepräsentantInnen eines Unternehmens, das für eine Verschmutzung der Umwelt verantwortlich gemacht wird, im Falle einer Verurteilung mit einer Haftstrafe zwischen drei und zehn Jahren oder mit Geldstrafen zwischen 3.000 und 10.000 Quetzales (zwischen 300 und 1000 Euro) zu rechnen. „Das ist wenig“, sagt sie und fügt hinzu, dass die Generalstaatsanwältin oder die Ministerien für Umwelt und Gesundheit die Schliessung der Industrieanlage beantragen können, sofern sie es als notwendig ansehen. Das Umweltministerium beantragte und erreichte die Schliessung der Anlage für 15 Tage, bis zum 30.

Juni. Sie habe auch die Umweltverträglichkeitsstudien der Repsa analysiert und festgestellt, dass die Studie sich nicht auf die gesamten 30.000 Hektar Ölpalmen bezog, die das Unternehmen besitzt. Dieser Mangel könnte eine Geldstrafe zwischen 5.000 und 100.000 Quetzales (500 und 10.00 Euro) nach sich ziehen.

### **Repsa sieht sich nicht als Verantwortlicher des zweiten Fischsterbens**

Alejandro Chacón von Repsa gibt zu, dass die Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht aktuell seien in Bezug auf das Wachstum der Plantage, aber sie würden in einem Jahr die Informationen zusammentragen, um diese Situation zu lösen.

Für das zweite Fischsterben sieht sich Repsa nicht in der Verantwortung. Das Unternehmen behauptet, dass es in 15 Jahren noch nie Umweltprobleme erzeugt habe. "Wir sind zuversichtlich, dass die Anlage nicht die Ursache war. Wir haben gar nicht die Kapazitäten, um solche Schäden hervorzurufen", sagte Chacón. "Wir haben Bodenanalysen, Proben des Wasserschlammes und der Fische vorgenommen und nichts für uns Belastendes gefunden." In einer Erklärung von Repsa, die in Printmedien am 12. Juni veröffentlicht wurde, betont das Öl-Unternehmen, dass Fischsterben auf das Insektizid Malathion zurückzuführen sei und dass sie dieses Produkt nicht gebrauchen würde, da dessen hohe Giftkonzentration „das ökologische Gleichgewicht der Palme“ zerstören würde. Schliesslich drohte Repsa gerichtliche Schritte gegen all jene an, die es für den Tod von Fisch verantwortlich zu machen wage. Angesichts der hohen Zahl an Medienberichten wiederholte Repsa ihre Erklärung am 22. Juni, allerdings diesmal ohne die Androhung rechtlicher Schritte.

### **Die Palmölindustrie und verschärfte Sanktionen gegen Umweltverschmutzer**

Eines ist sicher: als Kollateralschaden der beispiellosen Umweltkatastrophe wird diese Krise einmal mehr die Verbandsangehörigen der Monokulturen der afrikanischen Palme auffordern, ein freundlicheres und respektvolleres Gesicht zu zeigen – gegenüber den ArbeiterInnen wie der Umwelt. Das entsprechende Gremium, der Verband der Palmölunternehmen Guatemalas (Grepalma), hat bisher vorgezogen, sich nicht zu der Frage der Verursacher dieser Umweltkatastrophe zu äussern [*wohl aber allgemein zu Umweltfragen und ihre industrielle Landwirtschaft, d.Red.*]. Die Exekutivdirektorin von Grepalma, Susana Siekavizza, sagt dazu: "Wir müssen verantwortlich und objektiv sein, und im Moment kann ich eine Stellungnahme bezüglich den Verantwortlichen der Umweltverschmutzung nicht geben. Als Grepalma bekräftigen wir unser Engagement für die bestmögliche umweltgerechte und soziale Landwirtschaft. "

Es obliegt den strafrechtlichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, um aufzudecken, was genau am 6. Juni und 29. April passierte und was die Gründe für diese massiven Einleitung von Schadstoffen in die Gewässer sind. Aber, wie durch das Ministerium für Umwelt festgestellt, die Krise könnte eine Chance sein, um die Sanktionen, die die Unternehmen verhängt werden können, zu überprüfen.

## **Polizeierpressungen aufgedeckt**

**Guatemala, 24. Juni.** Die Staatsanwaltschaft und die CICIG deckten eine kriminelle Struktur auf, die die Nationale Zivilpolizei (PNC) erpresste. Die erpresste Summe wird insgesamt auf mindestens 56 Millionen Quetzales (ca. 5,6 Mio. €) geschätzt. PolizeibeamtInnen und Mitglieder der Staatsanwaltschaft durchsuchten 32 Räumlichkeiten und nahmen 12 Personen fest, darunter einen gewissen Héctor Florentino Rodríguez Heredia, der Vize-Direktor der Logistikabteilung der PNC war (bis Mauricio López Bonilla von seinem Innenministerposten zurücktrat).

Laut CICIG-Leiter, Iván Velásquez, liefen die Erpressungen über Briefkastenfirmen, die für nicht existierende Dienstleistungen wie Autoreparaturen oder -verkäufe oder auch für Arbeitsaufträge und Erneuerungen von Polizeistationen und Kommissariaten der PNC bezahlt wurden, die aber nie durchgeführt wurden, da sie von Angestellten der Institution selbst erledigt worden waren. „Die Gruppierung handelte nach drei spezifischen Methoden. Anführer war neben dem Vizedirektor der Logistikabteilung der Unternehmer Elden Leonel Cabrera Chan. Die beiden gründeten ein Unternehmen in Panama, zu dem das Geld abfloss“, sage Velásquez.

Generalstaatsanwältin Thelma Aldana erklärte, dass die Unternehmen, die Gelder unter dem Deckmantel von Reparaturen bekamen, nicht wirklich existieren. An den angegebenen Adressen fand man Privatwohnungen oder leere Räumlichkeiten vor. Unter den Unternehmen findet man Servi Repuestos Cabrera und Constructora Cabrera, deren Eigentümer vermutlich Elden Cabrera ist. Aldana gab an, dass man die Mitarbeit der Generalstaatsanwaltschaft von Panama angefragt hat, um Informationen über eine Gesellschaft mit dem Namen Proyectos Soul West zu bekommen. Es gibt Hinweise auf Geldwäsche und man will herausfinden, ob Verbindungen mit der guatemalteckischen kriminellen Struktur bestehen. „Wir haben um Informationen über besagtes Unternehmen gebeten: Namen und Adressen der EigentümerInnen, wirtschaftliche Aktivitäten und Banktransaktionen für den Zeitraum Januar 2012 bis Dezember 2014“, so Aldana weiter.

Um die Ermittlungen zu unterstützen, sandten die Staatsanwaltschaft und die CICIG eine Gruppe von StaatsanwältInnen nach Panama, um all notwendigen Informationen zu sammeln: von Einreisen nach Panama über Kommunikations-

kanäle bis zu jeden möglichen Hinweis, der als Beweis gegen die nun Inhaftierten dienen könne. Den 12 Verhafteten und einem flüchtigen ex-PNC-Beamten werden mehrere Verbrechen angelastet: Betrug, illegale Vereinigung, illegale Bereicherung, Geldwäsche, Gebührenschneiderei. Velásquez versicherte, dass zur Zeit die Beweislage nicht ausreiche, um weitere FunktionärInnen des Innenministeriums anzuzeigen.

Präsident Otto Pérez Molina ordnete die Absetzung des Chefs der Logistikabteilung an und stellte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. „Das ist Teil des Kampfes gegen Korruption und für Transparenz“, erklärte er. (EP)

## **Voruntersuchung gegen Präsidenten entschieden**

**Guatemala, 27. Juni.** Das Verfassungsgericht entschied vergangene Woche den Prozess für eine Voruntersuchung gegen den Mandatsträger Otto Pérez Molina zu eröffnen. Dies geschieht trotz des Antrags der Richterin Karen Fischer, die in der Vorwoche bereits versucht hatte, dieses Unterfangen zu stoppen, mit dem Ziel „der Verteidigung des Rechtsstaats und der Institution der Präsidentschaft“.

Dabei stimmten die RichterInnen Roberto Molina Barreto, María de los Ángeles Araujo und Héctor Hugo Pérez Aguilera für den Prozess, während die Gerichtsvorsitzende Gloria Porras und Mauro Roderico Chacón Corado dagegen stimmten.

Gloria Porras erklärte, dass „jetzt eine Angelegenheit politisch entschieden wird, die juristisch zu entscheiden gewesen wäre“. Sie erklärte, dass mit einem Stimmenergebnis von drei gegen zwei nun entschieden wurde, die Beweisphase zu eröffnen, obwohl genau die Beweise ja schon in der Akte zu finden wären. Selbst habe sie dagegen gestimmt, da sie keinen Ausgang in dem Verfahren sehe. Der Beschuldigte sei nur die „dritte betroffene Partei“, er müsse aber als Beschuldigter der Hauptbetroffene sein. Deshalb sei es für sie auch eine politische Entscheidung.

Der erste Antrag auf eine Untersuchung wegen Amtsmissbrauch war im Mai beim Obersten Gerichtshof (CSJ) durch den Abgeordneten Amílcar Pop Ac eingereicht worden. Er begründete dies damit, dass Präsident Pérez Molina die Verantwortung für die Ereignisse der SAT und IGSS trage, da er die Leiter der beiden Institutionen ernannte. Der Parlamentarier der Partei Winaq erreichte einen einstimmigen Beschluss des CSJ.

Es wurde auch eine fünfköpfige Ermittlungskommission per Losverfahren zusammengestellt, angeführt durch Baudilio Hichos von der Partei Lider. Dieser ist allerdings schon wieder zurückgetreten.

Die Staatsanwaltschaft und die CICIG signalisierten, dass Hichos in Delikten beteiligt ist, die einen Vertrag mit der IGSS beinhalten. Hichos trat also von seinem Ermittlungsvorsitz zurück und gab bekannt, dass er während der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht im Kongress erscheinen werde. Staatsanwaltschaft und CICIG verlangten daraufhin eine Voruntersuchung gegen Hicho und verhafteten im Zusammenhang mit dem mysteriösen Vertrag mit der IGSS weitere Personen, darunter hohe BeamtenInnen des IGSS, aufgrund ihrer Verbindung zum Fall.

Präsident Otto Pérez Molina reagierte daraufhin mit einen Antrag auf Beschwerde beim höchsten Verfassungsgericht, um das Verfahren gegen ihn wegen angeblicher Korruption ausser Kraft zu setzen. Dies bestätigte der Sprecher des Präsidenten, Jorge Ortega gegenüber der Nachrichtenagentur AFP. Der Präsident hatte sich verpflichtet, nicht in den Untersuchungsprozess einzugreifen, der versucht, dessen Immunität aufzuheben, damit überhaupt ein Strafverfahren eröffnet werden könnte. (EP, PL)

### **Die monatliche Biopsia von Diana Vásquez/ Juni 2015:**

## **Vor den Wahlen**

Es scheint, dass die politische Krise viele traditionelle Sektoren, die seit Jahrzehnten in ihren bequemen Sesseln sitzen, in Alarmbereitschaft versetzt hat, eine Bequemlichkeit (absichtlich) erlaubte, dass die Korruption bis dahin vordringt, wo sie heute ist. Nach acht Wochenenden Demonstrationen folgten einige Indizien hinsichtlich dessen, was in Guatemala am 6. September bei den allgemeinen Wahlen passieren wird.

Die USA machte einen bedeutenden Schritt für sein Land, sie unterstützt Otto Pérez Molinas Präsidentschaftsamt. Es scheint, dass der Präsident Angst vor einer wirklichen BürgerInnenbewegung hat, die sich in den sozialen Netzwerken und auf der Strasse abspielt. Der Präsident ist für die Bevölkerung nicht mehr der rechtmässige Amtsträger.

Währenddessen gibt es weder Parteien noch KandidatInnen, die überzeugen. Die politischen Gruppen, die einen interessanten Kandidat oder interessante Kandidatin für das Präsidentschafts- oder Vizepräsidentschaftsamt präsentieren könnten, lassen ebenfalls Zweifel aufkommen. Denn ein neues Gesicht ist noch lange nicht mit einem Verzicht auf Korruption gleichzusetzen, noch kann es die namenlosen Finanziere verstecken - Finanziere, die die Parteien schon gekauft haben und die Rückzahlung für ihre Investitionen erwarten. Die millionenschweren Ausgaben für die politischen Kampagnen sind absurd in einem verarmten Land, das von seiner eigenen Regierung betrogen wird.

Die traditionell starken Kommunikationsmedien (vor allem das Fernsehen und die geschriebene Presse) werden zu Panikmachern, denn auch sie fürchten die BürgerInnenbewegung. Sie wollen die Demonstrationen diskreditieren, die am 25. April begannen und bis zum 13. Juni mehr als 15.000 Personen zählte, die freiwillig daran teilnahmen und strukturelle Reformen sowie Gerechtigkeit fordern.

Die CACIF fürchtet den landesweiten Streik, eine extreme Massnahme, mit der viele BürgerInnen einverstanden sind, da sie sehen, dass die meisten Organe des Staates den Volksanfragen nicht die nötige Aufmerksamkeit schenken. Die Tatsache, dass die Nationale Zivilpolizei exklusiv den privaten wirtschaftlichen Projekten dient, lässt eigentlich nur noch den Gedanken zu, dass der Aufmarsch der Polizeikräfte im ganzen Land dazu dienen soll, zu verhindern, dass „die Produktion“ an einem Werktag zum Stillstand kommt.

Die traditionellen Sektoren wollen, dass man nicht die „nationale Stabilität“ angreift, und sie haben sogar „runde Tische“ gebildet, um Reformen vorzuschlagen. Die Nationale Plattform für die Staatsreform ist eine dieser Arbeitsgruppen. Hier ist auch die internationale Gemeinschaft vertreten, als Ehrenzeugin. Die wirkliche Frage ist aber diese: Von welcher Stabilität wird da gesprochen? Die politische Krise wird nicht dann enden, wenn die Eliten es sagen, die Kirchen mit eingeschlossen (die noch immer zu viel Stimmrecht in politischen Angelegenheiten haben). Wir sind nicht mehr in der Kolonialzeit und auch nicht in der Zeit der Militärtriumvirate.

Die Reformen, die die Bevölkerung fordert, sind noch schwach aufgrund der unzulänglichen politischen Bildung der BürgerInnen. Es ist der Kongress (mit den gleichen korrupten Abgeordneten, die seit Jahrzehnten darin sitzen), der davon profitieren wird, um Vorteile zu erreichen und straflos zu bleiben. Es ist an ihm zu entscheiden, ob gegen Pérez Molina strafrechtlich ermittelt wird und er wird auch das letzte Wort bezüglich der Reformen des Gesetzes über Wahlen und Politische Parteien haben. Eine der Forderungen der Leute ist es, zu verhindern, dass diese Abgeordnete wiedergewählt werden.

Eine Möglichkeit ist, die Wahlen zu verschieben, aber politisch und wirtschaftlich einflussreiche Gruppen werden alles denkbare tun, damit dies nicht geschieht.

## **¡Fijáte!**

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**NEU:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6